

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 48/45. Jahrg.

2. Dezbr. 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämtern. (Post-Zeltungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktionsschluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8—9.

Insertion Für die viergespaltene Nonpareillezelle oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Postverlagsort: Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Macht oder Recht

In normalen Zeiten ging immer das Streben der Arbeiterklasse dahin, eine soziale Rechtsprechung herbeizuführen. Das war stets so zu verstehen, daß auf der Grundlage von Gesetz, Tarifvertrag oder Arbeitsvertrag die bestmögliche Auslegung zugunsten der Arbeiter gefunden werden sollte, weil ja das Arbeitsrecht nicht zum Schutze der Arbeitgeber, sondern vielmehr zum Schutze der Arbeitskraft der Arbeiter geschaffen worden ist. Eine derartige Grundeinstellung ist einwandfrei oder geradezu selbstverständlich. Sie hat nicht das geringste mit einer einseitigen Rechtsauslegung zu tun. Zu der Zeit, als die Beratungen über die Schaffung eines Arbeitsgerichtsgesetzes stattgefunden haben, hat die Forderung der Arbeiterklasse nach Herbeiführung einer sozialen Rechtsprechung im Vordergrund gestanden. Gegenwärtig, nachdem die Arbeitsgerichtsbehörden mehr als fünf Jahre ihre Tätigkeit ausüben, kann, ohne daß damit zum Ausdruck kommen soll, daß etwa das Arbeitsgerichtsgesetz kein großer Fortschritt wäre, doch ausgesprochen werden, daß in vieler Hinsicht die Arbeitsgerichtsbehörden dieses vorstehend erklärte Sozialideal der Arbeiterklasse nicht erfüllt haben. Besonders das Reichsarbeitsgericht hat auf wichtigsten Gebieten des Arbeitsgerichts durchaus keine soziale Auffassung in dem vorstehend erläuterten Sinne vertreten. Es sei nur darauf hingewiesen, wie wenig das Reichsarbeitsgericht den im Artikel 118 der Reichsverfassung gewährleisteten Schutz der Meinungsfreiheit tatsächlich anerkannt hat. Der Begriff der Tarifmäßigkeit ist ebenfalls durch das Reichsarbeitsgericht durch die Anerkennung der gelben Gewerkschaften stark entwertet worden. Die Unabdingbarkeit der Tarifnormen hat das Reichsarbeitsgericht ebenfalls nicht zu schützen verstanden. Nach wie vor wird der nachträgliche Verzicht auf Tariflohn zugelassen, wenn die Arbeiter verzichtet haben, um den Bestand des Betriebes zu erhalten. Nach wie vor wird anerkannt, daß der Arbeitgeber den Tariflohn nicht zu bezahlen hat, wenn der Arbeiter seine Gewerkschaftszugehörigkeit verschwiegen hat. Nach wie vor wird es zugelassen, daß Arbeiter, die ihren Tariflohn fordern, entlassen werden können, wenn der Betrieb wirtschaftlich nicht in der Lage ist, den Tariflohn zu bezahlen. Das Reichsarbeitsgericht ist nicht bereit, einzusehen, daß Streikarbeit für einen anständigen Arbeiter etwas Unsittliches ist, trotzdem die gesamte arbeitsrechtliche Wissenschaft gemeinsam mit den Gewerkschaften diese allein mögliche Auffassung vertritt. Das Reichsarbeitsgericht hat durch seine Betriebsrisikorechtsprechung die Grundlagen der Vertragserfüllung sehr weitgehend erschüttert. Dies sind nur einige wenige Beispiele, wo die Arbeiterklasse mit Recht an der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts Kritik zu üben hat. Daneben stehen zweifellos viele Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, die als einwandfrei zu bezeichnen sind. Jedoch in allen Fällen, wo es sich um Grundsätze der Arbeiterklasse handelt, ist auf ein besonderes Verständnis des Reichsarbeitsgerichts hierfür nicht zu rechnen.

Wie kommt es, daß die Arbeiterklasse ihr Sozialideal in der Rechtsprechung nicht hat durchsetzen können? Es muß eindeutig ausgesprochen werden: daher, daß die Richter nach ihrer Herkunft, ihrer Umgebung und ihrer Erziehung in der übergroßen Mehrzahl entweder gar nicht in der Lage oder nicht willens sind, das Denken und Fühlen der Arbeiterklasse zu begreifen. Es kommt weiter daher, daß die große Mehrzahl der Richter aus denselben Gründen nicht in der Lage oder nicht bereit ist, mit einer demokratisch-sozialen Entwicklung unseres Staatslebens begeistert oder gar nur freiwillig mitzugehen.

Nachdem wir nun seit Jahren auch seitens der Reichsregierungen ununterbrochene Eingriffe auf allen rechtlichen Gebieten durch Notverordnungen zu verzeichnen haben, nachdem insbesondere auf dem Gebiete der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts diese Eingriffe so weit gehen, daß mit Recht schon von der Auflösung aller Vertragsgrundlagen gesprochen werden kann, ist der

Glaube an eine soziale Rechtsprechung vollkommen entschwinden und darüber hinaus hat auch der Glaube an das Recht überhaupt eine außerordentliche Erschütterung erfahren.

Neben der von der Arbeiterklasse verlangten sozialen Rechtsprechung gibt es Gesetz und Recht einerseits, Macht-andererseits. In weitesten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, ist heute allein nur noch die Auffassung vorherrschend: Macht geht vor Recht! Wenn aber in den Köpfen der Staatsbürger solche Gedanken immer mehr an Boden gewinnen, so ist das ein ganz eindeutiger Beweis dafür, daß wir in der Entwicklung als Rechtsstaat einen sehr großen Rückschlag verzeichnen müssen. Es ist daher auch nicht von ungefähr, wenn heute vielfach nicht mehr vom Recht, sondern vom Naturrecht gesprochen wird.

Tritt aber nun an die Stelle des Rechtsbegriffs der Machtbegriff, so kann die Einstellung hierzu wiederum verschiedenartig sein. Unter der gegenwärtigen Reichsregierung ist der Machtbegriff eindeutig so zu erklären, daß alle Kreise der Bevölkerung an die Macht dieser Regierung glauben, insbesondere tun dies alle Bevölkerungskreise außerhalb der Arbeiterklasse. Unter den früheren Regierungen gab es Bevölkerungskreise, die nicht an die Macht dieser Regierung glaubten.

Als ostpreußische Landwirte wegen Nichtentrichtung ihrer Steuern gefändelt werden sollten, haben sie die mit den Pfändungen betrauten Beamten mit Gewalt an der Durchführung ihrer Amtsaufgaben gehindert. Der II. Strafsenat des Reichsgerichts hat diese Landwirte mit folgender Begründung freigesprochen: „Besteht nun die gegenwärtige Gefahr, aus der Rettung gesucht wird, darin, daß den bedrängten Volksteilen die Güter zwangsweise entzogen werden, an die seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und seine Erhaltung gebunden sind, so kann es notwendig und darum gerechtfertigt sein, daß die auf Selbsthilfe eingestellte Verbindung auch die Herbeiführung eines vorläufigen Vollstreckungsschutzes unternimmt.“ Dieser Freispruch und diese Begründung ist nur möglich und nur zu verstehen, wenn man erkennt, daß mindestens im Unterbewußtsein die Reichsgerichtsrichter nicht an die Macht der Regierung, unter der solche Zustände eingenissen waren, geglaubt haben. Es soll diesen Richtern gar nicht eine derartige Absicht unterstellt werden, vielmehr spielen sich diese Vorgänge eben mehr oder weniger im Unterbewußtsein ab. Sie sind mehr oder weniger der Ausfluß der Einstellung auch des Richters zu einem ihm genehmen oder einem ihm unbequemem Staatsinhalt.

In dem bekannten Streit zwischen Reich und Preußen wegen der Amtsenthebung der Preußenregierung haben wieder noch andere Motive zweifellos eine Rolle gespielt und vielleicht deshalb in der Entscheidung keinen vollen Ausdruck gefunden, weil es sich ja hier auch noch darum gehandelt hat, daß der Staatsgerichtshof seine Existenz nicht hat verneinen können. Auch der Staatsgerichtshof hat sicher erkannt, daß die ihm zugemutete Entscheidung bedeutet hat, sich als eine über der Reichsregierung stehende Stelle anzusehen, mit anderen Worten: an Stelle der Reichsregierung die tatsächliche Regierungsgewalt zu bestimmen. Er hat es daher vorgezogen, eine Kompromißlösung zu finden, durch die die tatsächliche Machtausübung der Reichsregierung in allen wesentlichen Teilen ungehindert bleibt und andererseits der ihres Amtes entthobenen Preußenregierung die Ämter belassen werden, die Aufgaben ausübung aber auf diejenigen Fälle beschränkt bleibt, wo die Exekutive dann tatsächlich doch wieder die Reichsregierung auszuüben hat.

Was nun den Glauben an das Recht betrifft, so ist hier die Stellung der beteiligten Kreise zu den Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932 besonders charakteristisch. Die Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß diese Verordnungen nicht mit der Verfassung in Einklang stehen und begründen das nicht nur rein rechtlich, sondern auch damit, daß diese Verordnungen nicht mit dem Sinn der Reichsverfassung übereinstimmen. Die arbeitsrechtlichen Wissenschaftler, die ja fast aus-

nahmslos die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen als solche bejahen, vertreten, soweit sie im Ergebnis doch mit der Ansicht der Gewerkschaften übereinstimmen, diese Ansicht ebenfalls nicht rein rechtlich, sondern ausnahmslos auch mit Verstößen gegen den Sinn der Reichsverfassung. So sagt Universitätsprofessor Dr. Sinzheimer, Frankfurt am Main, daß durch die Maßnahmen der Reichsregierung das Tarifvertragswesen im Kern getroffen ist, daß aber nur durch den Tarifvertrag die Lösung des Problems des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft praktisch denkbar ist, sofern man eine weitere organische Entwicklung überhaupt in Deutschland für möglich halte. In diese wachsende von wahrhaft aufbauwilligen Kräften getragene neue Welt sei der Eingriff erfolgt. Universitätsprofessor Dr. Lassar, Hamburg, meint, die Entscheidung über die Gleichberechtigung der Arbeiter im Staat sei in der Reichsverfassung eindeutig gefallen. Er meint auch, daß durch die Maßnahmen der Reichsregierung in diese Gleichberechtigung eingegriffen worden ist. Ebenso ist Universitätsprofessor Dr. Dr. Joerges, Halle, der Ansicht, die Reichsregierung hätte bei den Maßnahmen die historische Entwicklung nicht außer acht lassen dürfen. Durch diese Maßnahmen sei ein wesensfremder individualistischer Bestandteil in das Tarifvertragsrecht eingefügt worden. Er hält aus diesem Grunde die Verordnung vom 5. September 1932 über die Einbrüche in den Tariflohn nicht für rechtswirksam.

Für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder ist es aber besonders wichtig, daß alle diejenigen Wissenschaftler, die überhaupt erstliche Einwände erheben, diese in erster Linie mit dem Sinn der Reichsverfassung begründen und nicht etwa aus rein rechtlichen Erwägungen zu ihren Ergebnissen gelangen. Die ganze gegenwärtige Entwicklung auch auf dem Gebiete von Gesetz und Recht ist daher für die Arbeiterklasse ganz besonders lehrreich. Es gibt nur eine Schlußfolgerung: die von der Arbeiterklasse mit volstem Recht erstrebte soziale Rechtsprechung ist einmal nicht zu trennen von einer sozialen Gesetzgebung. Beides ist allein durch starke Gewerkschaften zu erreichen, so daß die Bedeutung starker Gewerkschaften für die Arbeiterklasse eigentlich noch nie so groß war wie sie gegenwärtig ist.

Nachstoßen!

Die Reichstagswahl vom 6. November hat endlich die nationalsozialistische Schlammlut zum Halten gebracht. Der Verlust von 2 Millionen Stimmen muß nun auch dem großen Trommler Adolf gezeigt haben, daß seine Bäume auch nicht zum Himmel wachsen. Besonders eins bewies die Wahl wieder eindeutig: jeder Versuch, in die marxistische Front einzubrechen, ist ein aussichtsloses Beginnen. Ja, die Herren, die ausgezogen sind, um den Marxismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, mußten zu ihrem Leide feststellen, daß die marxistischen Stimmen, wenn auch bei einem Verlust der Sozialdemokratie, relativ gestiegen sind. Der Geschlagene ist Hitler, der seine Wählermassen von Wahl zu Wahl mit der Machtergreifung vertröstete. Diese Methode hat aber ihre Grenze. Die Unzufriedenen, die hinter Hitler stehen, wollen endlich sehen, wie es anders, besser gemacht wird. Und da sich Hitler in letzter Zeit als Tröster ausgebildet hat, verlassen seine Gläubiger das Nazilager. Für den marxistisch geschulten Arbeiter ist der neue Zustand keine Überraschung; denn einmal mußte der Augenblick kommen, der die Arbeiter und Angestellten, die bisher hinter Hitler herliefen, aus dem Taumel erntichtete.

Der Umschwung ist da. Jetzt heißt es nachstoßen! Die Massen werden nun für neue Ideen reif. Solange sie gläubig hinter Hitler herrantren, war es nicht möglich, sie von dem verfluchten Zuckerwassersozialismus der Nazis abzubringen. Nachdem aber die Wahl eine Wendung brachte, ist die Zeit für uns gekommen. Die Zweifelnden müssen wir auf den Verrat, auf die inneren Widersprüche und auf die logischen Unmöglichkeiten dieser Bewegung hinweisen.

Jeder einzelne muß an dieser Zersetzungsarbeit teilnehmen. Material gibt es in Hülle und Fülle. Wichtig sind die Auseinandersetzungen mit dem Wirtschaftsprogramm der Nazis. Dazu hat die Gewerkschaftspresse reiches Material geliefert. Das Material muß sich jeder aus alten Zeitungen sammeln. Wo dies nicht möglich ist, kann für zehn Pfennig die Broschüre *1000 Worte Hitler* erworben werden. In dieser Schrift finden die 25 Punkte des Nazi-Programms eine kritische Betrachtung, sie bildet die beste Grundlage, um den Gegner auf die Unsinnigkeit dieser Forderungen hinzuweisen. Aber durch die Widerlegung des Programms ist nicht alles getan. Die Gewerkschaftspresse hat immer wieder auf Theorie und Praxis dieser Partei hingewiesen und wird in Zukunft noch größeres Augenmerk auf diesen Widerspruch legen müssen; denn durch ihre Regierungstätigkeit haben die Nazis ausgiebig bewiesen, daß ihnen die Interessen der breiten Massen gleichgültig sind. Sollten die Nazis in die Reichsregierung eintreten, dann zeigt sich auch im Reichsmaßstab, daß die Arbeiterschaft von diesen Söldnern des Kapitals verraten und verkauft wird. Weil die Erfahrung der nächsten Zeit in dieser Linie liegen wird, müssen wir uns schon jetzt darauf einstellen und die Öffentlichkeit auf diese Dinge hinweisen.

In einigen Stichworten soll an verschiedene Etappen der Verrat dieser Partei nachgewiesen werden. Hitler hat bekanntlich auf einer Führertagung die geforderte Änderung des Programms abgelehnt. Er betonte ausdrücklich, daß das Programm festliege und er nie dulde, daß daran etwas geändert wird. Er wußte warum. Das Programm hat für jeden etwas. Vor allem soll ein gesunder Mittelstand geschaffen werden, aber auch die Schmerzen des Arbeiters erfahren eine Linderung durch die Forderung nach Verstaatlichung bereits vergesellschafteter Trusts sowie durch eine Bodenreform und eine unentgeltliche Enteignung von Grund und Boden zu gemeinnützigen Zwecken. Das reicht zum Teil nach Sozialismus und steht, da Hitler keine Änderung des Programms duldet, noch heute im Programm. Aber wie ging der praktische Weg. Einmal rebellierten die Grundbesitzer und Kleinbauern, die sonst ganz mit Hitlers Forderungen einverstanden waren, gegen den Punkt, der von unentgeltlicher Enteignung von Grund und Boden spricht. Was macht der Sozialist Hitler? Wer da glaubt, der Verfechter des Programms steht für sein Programm gerade, irrt sich. Hitler gab die berühmte Erklärung zum Punkt 17 heraus, in der er die Bauern beruhigte. Es sollen nur noch solche Grundeigentümer enteignet werden, die gegen die nationalen Interessen verstoßen. Er denkt da in erster Linie an die jüdischen Grundstücksspekulanten. Mit diesem Dämpfer gab sich der Bauer zufrieden; denn das leuchtet jedem ein, daß man gegen den Juden eine Enteignung durchführen muß. Für uns entstehen zwei Preisfragen, erstens: welcher Grundbesitzer verstößt gegen die Interessen der Nation und zweitens: wo bleibt nach dieser Erklärung der Sozialismus. Das gleiche Spiel wurde mit der Verstaatlichung der Trusts getrieben. Die Geldgeber Hitlers klopfen ihm auf die Finger; denn dieser Programmpunkt paßte ihnen nicht. Aber hier brauchte Adolf seine Forderung nicht durch eine Ergänzung zu verraten. Die paar Dutzend Großkapitalisten, die hier in Frage kommen, konnten durch persönliche Besuche beruhigt werden. Wenn auch aus den geschlossenen Räumen nicht herauskam, was Hitler mit den wirtschaftsgewaltigen verhandelt hat, so besteht doch Einmütigkeit darüber, daß er über Verstaatlichung nichts gesprochen hat. Dafür bürgt die einzige Tatsache, die aus solchen Zusammenkünften bekannt wurde, die von einem kräftigen Heil Hitler berichtet, das die Industrieherrn zum Wohle des Sozialisten brüllten. Zum andern hat Hitler in der berühmten Aussprache mit Otto Straßer erklärt, daß er nur dann verstaatlichen wolle, wenn die Kapitalisten gegen die Interessen der Nation sind. Was bleibt übrig? Die gleichen Preisfragen wie oben. Wir sehen aus dieser einen Gegenüberstellung, daß die Kritik des Programms nicht ausreicht, den Kampf gegen den Nazischwindel zu führen. Nur die verlogene Praxis gibt erst das überzeugende Material. Ungeheures Material ergeben die Reden der Naziführer. Denken wir nur an die Reden über die Reichsverfassung. Ganze Schmutzkübel sind früher über dieses jüdische Machwerk gegossen worden. Was geschah aber im letzten Jahre, als ihnen Papen nicht die ganze Macht gab, die Hitler in seinem Größenwahne forderte? Die Nazis beriefen sich auf die bespuckte Verfassung und wurden plötzlich zu den Verfechtern der Volksrechte. In den beiden Beispielen soll gesagt sein, auf was es ankommt. Man könnte diese Beispiele erweitern. Aber es ist nicht die Absicht dieses Artikels, ausreichendes Material für den Kampf gegen die Nazis zu liefern, sondern auf die Notwendigkeit eines verschärften Kampfes gegen die Nazis hinzuweisen, will diese Arbeit bezwecken. Die Flut steht! Nachstoßen und weitere Massen von der nationalsozialistischen Partei aufsplitteln, ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben der kommenden Zeit. Je mehr der einzelne an dieser Aufgabe mitarbeitet, je früher wird die Politik in Deutschland wieder von den Grundsätzen der Vernunft gelenkt. *Prolet.*

Der Schwindel mit der Alu.

Viele Leute sind der Meinung, daß bei uns noch eine regelrechte Arbeitslosenversicherung bestände. Diese Ansicht ist entschieden irrig. Gewiß besteht dem Namen nach etwas Ähnliches. Aber von der Arbeitslosenversicherung, wie sie ursprünglich bestand, ist verdammt wenig übrig geblieben. Versuchen wir einmal kurz darzustellen, wie sich die Verhältnisse bei der Arbeitslosenversicherung gewandelt haben. Die Leistungen der Versicherung sind dem Nullpunkt nahe gekommen. Die Unterstützungsdauer wurde von 26 auf 6 Wochen verkürzt. Durch die fast völlige Gleichmachung der Unterstützungssätze, durch Streichung in den oberen Lohnklassen usw. wurde die Entrechtung der Versicherung weiter vervollständigt. Ein raffiniertes Ortsklassensystem sorgt dafür, daß zwischen den einzelnen Orten erhebliche Unterschiede bestehen, die keineswegs gerechtfertigt sind. Der größte Schiag gegen den Versicherungsgedanken wurde dadurch geführt, daß nach der sechsten Unterstützungswoche Leistungen nur gewährt werden, wenn die Hilfsbedürftigkeit erwiesen ist. Die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit wird rigoros gehandhabt. Wenn irgend ein Verwandter noch in Arbeit steht oder ein geringes Sparguthaben vorhanden ist, ist der Betreffende nicht mehr unterstützungsbedürftig und wird abgewiesen. Ehefrauen, Jugendliche, Inhaber von einem Stückchen Land oder irgend eines Besitzums, müssen sich noch weitere Beschränkungen gefallen lassen.

Doch damit nicht genug. Hat ein Arbeitsloser alle diese Klippen übersprungen, so ist sein Unterstützungsanspruch noch lange nicht gewährleistet. Hat der Unternehmer die Beiträge nicht richtig abgeführt, so kann der Arbeitnehmer seines Unterstützungsanspruches verlustig gehen. Verschlechterungen wirksamer Art liegen ferner darin, daß die Anwartschaft für die erstmalige Unterstützung verdoppelt wurde. Außerdem verlängerte man die Wartezeit und die Sperrfrist erheblich. Renten und sonstige Entschädigung werden in höherem Maße in Anrechnung gebracht. Krankheitstage unterbrechen die Anwartschaft. Dagegen laufen die Unterstützungswochen sofort ab, wenn der Arbeitslose einmal einen kleinen anzurechnenden Gelegenheitsverdienst gefunden hat. Die Krankenversicherung der Arbeitslosen ist keineswegs allen gewährleistet. Diejenigen, die als nicht hilfsbedürftig anerkannt wurden und infolgedessen keine Unterstützung beziehen, genießen nicht mehr den Schutz einer Krankenversicherung, es sei denn, wenn sie sich selbst weiter versichern. Auch Jugendliche verfallen diesem Schicksal.

Das waren einige Beispiele, wie der Arbeitslose infolge der reaktionären Einstellung der verflochtenen Regierung entrechtet wurde. Die Arbeitslosenversicherung verdient diesen Namen auch deshalb kaum mehr, weil trotz dieses riesigen Abbaues die kolossale Beitragshöhe von 6,5 v. H. bestehen geblieben ist. In Nr. 47 der „Gewerkschafts-Zeitung“ bringt der Genosse Dr. Bröker stichhaltiges Material dafür, wie die Beitragseinnahmen bei der Arbeitslosenunterstützung verwandt werden. Das monatliche Beitragsaufkommen beträgt gegenwärtig etwa 83 Millionen Mark. Davon werden nur 12,5 Millionen Mark oder etwa 15 v. H. für wirkliche Versicherungsleistungen verausgabt. Die Mittel der Arbeitslosenversicherung werden zu allen möglichen Zwecken verwandt. Zu einem erheblichen Teil dienen sie der Finanzierung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Die gesamten Kosten für die Durchführung der Lohnabbauverordnung vom 5. September 1932 wurden der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufgebürdet. Der Arbeiter bezahlt also die Verwaltungskosten für den Abbau seines Lohnes. Die Mittel der Reichsanstalt werden auch zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprojekten herangezogen. Die Reichsanstalt ist deshalb verurteilt, Beiträge für Zwecke zur Verfügung zu stellen, die aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden müssen. Die Kosten für den freiwilligen Arbeitsdienst sollen nach Verlautbarungen hinfort ebenfalls von der Reichsanstalt bestritten werden. Man bedenke, daß zu dem Personenkreis des F.A.D. auch Leute gehören, die niemals einen Pfennig zur Arbeitslosenversicherung aufgebracht haben.

Die Verwendung der Mittel der Arbeitslosenversicherung wächst nachgerade zu einem öffentlichen Skandal aus. Die Beitragsleistung ist derart hoch, daß mit diesen Mitteln eine weitgehende Unterstützungsleistung gewährt werden könnte. Statt dessen sehen wir, daß diese Mittel den Arbeitslosen vorenthalten und allen möglichen Zwecken dienstbar gemacht werden. Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns gegen diesen Raub von Arbeitergeldern wenden. Man bedenke, wie schwierig es heute ist, von dem geringen Verdienst dauernd hohe Beiträge zu leisten. Wenn diese Mittel restlos zur Unterstützung der Arbeitslosigkeit verwandt würden, könnte man sich damit einverstanden erklären. Wie wir aber gesehen haben, werden sie in alle möglichen Kanäle geleitet. Die Reichsanstalt ist ein Mädchen für alles geworden. Es ist hohe Zeit, daß mit diesem Skandal Schluß gemacht wird.

Die Kaufkraft fehlt und sonst nichts!

Eine Wirtschaftsankurbelung auf Seiten der Konsumindustrie ist auf die Dauer unmöglich, wenn nicht in gleicher Weise eine Absatzsteigerung eintritt. Keine Absatzbelebung ohne Steigerung der Kaufkraft; es scheint, daß immer mehr Leute von dieser Tatsache überzeugt werden. Zitieren wir einige Stimmen aus dem bürgerlichen Lager: Der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien schreibt zum Schluß eines Überblicks über die deutsche Brauereindustrie: „Die Massenkraft ist derartig geschwächt und die Bedarfsdeckung auf vielen Gebieten so in Rückstand gekommen, daß erst eine geraume Zeit vergehen wird, ehe wieder wesentliche Mittel für eine Steigerung des Biergenusses frei werden.“ Das Institut für Wirtschaftsbeobachtung an der Handelshochschule in Nürnberg veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Markt der Fertigung“ eine Untersuchung über die Auswirkungen des Papier-Planes. Über die Möglichkeit der Absatzbelebung wird folgendes festgestellt: „Die Lohneinkommen steigen nicht in gleichem Maße wie die Produktion, so daß hierdurch ein gewisses Mißverhältnis zwischen Mehrerzeugung und Kaufkraftzunahme zu entstehen droht. Die starke Senkung der individuellen Lohneinkommen muß zu einer weiteren Bedarfsverlagerung zugunsten des dringenden Bedarfs und der unteren Qualitäten führen.“ Das Vorstandsmitglied der Reichskreditgesellschaft, Dr. Fischer, führte in seinem Vortrag vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller über die Ziele der Wirtschaftspolitik u. a. aus: „Die Zukunft der deutschen Ausfuhr wird auf dem Gebiete der Qualitätsarbeit liegen, für die die Devise „gut und nicht teuer“ maßgebend sein muß. Das setzt selbstverständlich auch Qualitätsarbeiter voraus, die Deutschland sich nur bei einem auskömmlichen Einkommen des Arbeiters erhalten kann. Nur, wenn die Kaufkraft der großen Masse gesteigert wird, kann auch die Agrarpolitik einen wirksamen Erfolg haben.“ Diesen Erkenntnissen braucht nichts hinzugesetzt werden. Aber was geht das Steindruckereibesitzer an? Sie verlangen 10 Prozent Lohnabbau und damit basta. Und wenn der ganze Schnee verbrennt.

Hitler, ein mongolischer Mischling?

Die Nationalsozialisten stellen bekanntlich die nordisch-germanische Rasse als den Edeltyp der Menschheit hin. Über die Rasse, der Hitler angehört, ist schon oft gestritten worden. Jedenfalls zählt er nicht zu jenem durch die Nazipropaganda bevorzugten Typ. Kürzlich fand in München ein aufschlußreicher Prozeß statt. Hitlers Photographie klagte gegen den Herausgeber der katholischen Zeitschrift „Der gerade Weg“. Dieser hatte in seinem Blatte behauptet, daß Hitler der ostisch-mongolischen Rasse entstamme. Seine Heimat liege ja auch in der Donaugegend, der alten Völkerwanderungsstraße, wo sich von jeher die verschiedensten Rassen gemischt hätten. Hitlers Gesicht zeige ausgeprägte mongolische Züge. Seine Geisteshaltung sei asiatisch-despotisch, die Form seiner Partei-Propaganda rein mongolisch. Alles in allem gesehen sei Hitler nach seiner eigenen Rassenlehre ein mongoloider Mischling. Diese Behauptungen wurden durch Nachdrucke von Photographien zu beweisen versucht. Es ist immerhin bemerkenswert, daß Hitler selbst es nicht wagte, zu klagen und seinen Leibphotographen vorschickte. Der Prozeß endete mit der Verurteilung des Beklagten zu einer Geldstrafe wegen unberechtigten Nachdrucks der Bilder.

Ein zutreffendes Urteil

Der Präsident der tschechoslowakischen Republik Thomas Masaryk äußerte sich kürzlich einem deutschen Journalisten gegenüber über die verschiedensten Probleme der Zeit. Über die Zustände in Sowjetrußland urteilte der Präsident u. a. in folgender Weise: „Der Bolschewismus in Rußland ist höchstens in kleinen, meiner Ansicht nach unwesentlichen Dingen kommunistisch; sonst herrscht genau wie bei uns der so verpönte Kapitalismus mit dem Unterschied, daß die Verwaltung des Kapitals von weniger Leuten durchgeführt wird wie in unseren Ländern. Und was die Zukunft des Bolschewismus betrifft, so sehen wir doch, daß er sich entwickelt, und zwar in der Richtung des wirtschaftlichen Individualismus. Das Forcieren von Traktoren und ähnlichem beweist nur, daß Rußland wirtschaftlich rückständig ist; der ungebildete Muzik, aber auch der aufgeregte Agitator üben einfach einen Traktorenfischismus, der dem unmöglichen Materialismus entspricht.“ Dieses Urteil des Präsidenten der tschechischen Republik erscheint uns sehr zutreffend. Masaryk war in den Jahren 1917 und 1918 in Rußland und konnte dort die Entstehung der bolschewistischen Diktatur miterleben.

VERBAND UND BERUF

Starker Rückgang der Musiknotenausfuhr

Die Handelspolitik der Barone hat dazu geführt, daß die industrielle Ausfuhr Deutschlands gewaltig zurückgegangen ist. Besonders nachteilig wirkt sich diese Politik für die Ausfuhr von Musiknoten aus. In den ersten neun Monaten 1932 lag die Musiknotenausfuhr um mehr als ein Drittel unter der Ausfuhr von 1930. Sowohl dem Werte wie der Menge nach ist die Ausfuhr katastrophal gesunken. Das konnte nicht ausbleiben, nachdem die Baronsregierung die Autarkie verkündet hat und damit das ganze Ausland gegen Deutschland aufbrachte. Die Folge davon ist die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage im Inland, neue Steigerung der Arbeitslosigkeit, woran auch die fristierten amtlichen Berichte über den Stand der Arbeitslosigkeit nichts ändern. Das Druckgewerbe ist auf die Ausfuhr angewiesen, es kann seine Leistungsfähigkeit nicht ausnutzen, wenn der Export dauernd zurückgeht.

Von Januar bis September 1932 betrug die deutsche Musiknotenausfuhr 4615 Doppelzentner gegen 5953 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres und 6845 Doppelzentner 1930. Gegen 1931 ging die Ausfuhr um 1338 und gegen 1930 um 2230 Doppelzentner zurück. Der Wert der Musiknotenausfuhr bezifferte sich 1932 in der gleichen Zeit auf 1996 000 Mark gegen 2654 000 Mark 1931 und 3213 000 Mark 1930. Der Rückgang beträgt gegen 1931 658 000 Mark und gegen 1930 1217 000 Mark. Der durch die Weltwirtschaftskrise bereits 1931 einsetzende Rückgang hat sich 1932 unter den Einwirkungen der neuen Handelspolitik noch vergrößert.

Die folgende Übersicht zeigt den Stand der Musiknotenausfuhr in den einzelnen Monaten des Jahres 1932 in vergleichender Gegenüberstellung mit den beiden Vorjahren. Die Ausfuhr betrug in Doppelzentner:

	1932	1931	1930
Januar	643	761	962
Februar	582	744	913
März	606	684	921
April	647	636	687
Mai	450	655	822
Juni	344	439	495
Juli	368	528	614
August	432	671	596
September	545	781	902

Das gleiche trostlose Bild zeigt die wertmäßige Ausfuhr. Sie betrug in 1000 Mark:

	1932	1931	1930
Januar	296	334	444
Februar	272	339	417
März	261	311	418
April	269	310	318
Mai	189	299	380
Juni	147	238	239
Juli	151	242	296
August	182	235	283
September	229	346	418

Die Hauptabnehmer deutscher Musiknoten sind die europäischen Länder. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung unserer Musiknotenausfuhr in den ersten neun Monaten 1932 nach den wichtigsten Absatzgebieten in vergleichender Gegenüberstellung mit den beiden Vorjahren. Die Ausfuhr betrug in Doppelzentner:

	1932	1931	1930
Belgien	297	284	376
Dänemark	134	190	218
Polen	101	141	158
Frankreich	174	312	300
Großbritannien	289	448	476
Italien	153	195	238
Niederlande	584	676	757
Österreich	701	818	879
Schweden	144	315	265
Schweiz	711	774	824
Tschechoslowakei	664	696	811
Ver. Staaten	210	263	251
Argentinien	—	—	222

Man kann angesichts der starken rückläufigen Entwicklung der Musiknotenausfuhr nur den Wunsch aussprechen, daß bald eine andere Handelspolitik eingeschlagen wird. Bei dem starken Druck der Wirtschaftskrise auf die Ausfuhr und der Schwächung der Kaufkraft muß eine Außenhandelspolitik getrieben werden, die den Export nicht noch mehr erschwert. Die einseitige Begünstigung der landwirtschaftlichen Forderungen bringt dem industriellen Export den Ruin. Bei der Einstellung des Druckgewerbes auf die Ausfuhr müssen sich hieraus bedenkliche Folgen ergeben. Deshalb kann nicht dringend genug die Forderung erhoben werden, schleunigst eine Umstellung in der Außenhandelspolitik vorzunehmen.

Ernst Neumann.

Deshalb der Lohnabbau?

Die papiererzeugende Industrie geht mit Preiserhöhungsabsichten schwanger. Sie ist sicher der Meinung, daß nur mit Preiserhöhungen die Wirtschaft angekurbelt werden kann und die Betriebe zu erhalten sind. Das gefällt selbstverständlich den Papierverarbeitern im Unternehmerlager nicht und sie haben anlässlich der Tagung des Außenhandelsverbandes der papierverarbeitenden Industrie folgende Entschliebung gegen jede Papierpreiserhöhung angenommen:

„Die Versammlung verfolgt mit größter Sorge die Bestrebungen der Zellstoff- und Papier erzeugenden Industrien, durch Konventionsbeschlüsse die Preise für Papier zu erhöhen. Die Versammelten sind sich darüber einig, daß eine Stabilisierung der Preise von der gesamten Wirtschaft zu begrüßen wäre; sie glauben aber, daß der von der Papierindustrie eingeschlagene Weg, eine rückweise und durch die gegenwärtige Konjunktur nicht begründete Steigerung der Papierpreise durchzusetzen, unberechtigt ist und für die Papierverarbeitung die schwersten Gefahren mit sich bringt, da die Papierverarbeitung bei der derzeitigen Marktlage keine Möglichkeit hat, bei ihrer Inlandskundschaft höhere Preise durchzusetzen, sie ist aber ebensovienig imstande, selbst die erhöhten Preise zu tragen.“

Noch verderblicher würde sich die Papierpreiserhöhung für die gesamte Ausfuhr auswirken, die für die Papierverarbeitung von lebenswichtiger Bedeutung ist. Die Ausfuhrgeschäfte, die angesichts der ungeheuren Erschwerung des Außenhandels überhaupt noch gemacht werden können, müssen auf das genaueste auskalkuliert sein, wenn überhaupt noch eine Wettbewerbsfähigkeit möglich sein soll. Wird der Gestehtungspreis für Papier erhöht, so würde die Wettbewerbsfähigkeit schon allein hierdurch in weitestem Maße aufhören.

Vollends unmöglich aber wird die Ausfuhr werden, wenn die Zellstoff- und Papiererzeugung an ihrer Einstellung festhält, wonach das deutsche Rohpapier nach dem Auslande zu billigeren Preisen angeboten wird als im Inlande.

Diesen Tendenzen der Papiererzeugung muß nicht nur deshalb auf das energischste widersprochen werden, weil die Papierverarbeitung darunter leidet, sondern auch weil sie für die gesamte deutsche Wirtschaft schädlich sind; denn die deutsche Wirtschaft verlangt eine Ausfuhr von Waren mit möglichst hohen Arbeitsanteilen und damit die Ausfuhr von verarbeitenden Waren. Die gleiche Gewichtsmenge erzielt aber bei der Ausfuhr von Papierwaren einen siebenmal höheren Wert als das unverarbeitete Papier.

Die Versammlung erwartet, daß alle maßgebenden Stellen in Erkenntnis dieser Sachlage bereit sein werden, die durch eine gewaltsame Preiserhöhung herbeigeführten Schädigungen für die Papier verarbeitende Industrie zu verhindern.“

Die lendenlamme Abfassung der Entschliebung läßt deutlich erkennen, daß die Unternehmer der Papier verarbeitenden Industrie sich klar darüber sind, daß sie einer Erhöhung des Papierpreises keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen können und wollen. Sie sind sich aber auch einig darüber, die sich aus einer Erhöhung des Papierpreises ergebende Mehrbelastung abzuwälzen. Also beginnt das liebliche Spiel der Suche nach der Linie des geringsten Widerstandes. Die Forderung der Steindruckereibesitzer einer zehnprozentigen Kürzung der Gehilfenlöhne zeigt, daß sie wie üblich die Linie des geringsten Widerstandes bei der Gehilfenschaft zu finden glauben. Dieser Ansicht muß nicht nur auf „das energischste widersprochen werden“, sondern sie muß gründlich zerstört werden. Es ist wirklich an der Zeit, dem Zustande ein Ende zu machen, die Gehilfenlöhne als Ausgleichsfaktor für allerhand Belastungen anzusehen.

Jugendertüchtigung

Ein Kuratorium ist ins Leben gerufen, dem ein hoher Militär vorsteht, und das auf seinen Schild geschrieben hat die Worte: „Jugendertüchtigung“. Ein Name, hinter dem Edelstes und Bestes stehen kann, ein Vorhaben mit großen Aussichten. Ist das aber eine Sache für uns, eine fruchtbringende Angelegenheit für die Arbeiterklasse? Sollen wir ja sagen und uns freuen oder Gefahr wittern und ablehnen? Ich glaube, es ist richtiger, nein zu sagen, abzulehnen. In folgendem sei das begründet:

Jugendertüchtigung ist sicher sehr gut. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Arbeiterorganisationen der Jugend zu allen Zeiten größte Aufmerksamkeit geschenkt und Jugendpflege betrieben. Sie hat uns stets am Herzen gelegen und hat unsere Zustimmung, wenn sie in der rechten Weise geschieht. Aber daß eine wenig arbeiterfreundlich eingestellte Regierung einem Militär die Erziehung der Jugend anvertraut, das muß uns zu denken geben. Und wenn wir den Plan ansehen,

nach dem die Erziehung vor sich gehen soll, dann haben wir die sonnenklare Begründung unseres Zweifels. In dreiwöchigem Kursus sollen Sportleute in besonderen Formen von Geländeübungen herangebildet werden. Gelehrt werden soll, Formationen im Gelände zu bewegen.

Es hat schon einmal einen ähnlichen Plan gegeben. In der Zeit des Weltkrieges entstand in einigen Köpfen die Idee, das ganze Volk wehrhaft zu machen. Ein Volk in Waffen sollte erstehen, das den letzten Mann erfaßte. Für die Propagierung dieser Sache setzte sich zu jener Zeit der Jungdeutschlandbund lebhaft ein. Die Arbeiterorganisationen haben schon damals eine ablehnende Haltung eingenommen und diese unter strenger Zensur der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Unsere Zeit ist währenddessen mit Riesenschritten weitergeeeilt. Der Sport feiert Triumphe. Und zum großen Teil liegt heute den Sportverbänden die Erziehung der Jugend ob. Hierbei wäre zu untersuchen, ob die bürgerlichen Verbände das in dem gleichen Maße und für uns nutzbringend tun können wie die Arbeitersportorganisationen. Doch sei in diesem Rahmen davon abgesehen. Neben den genannten Verbänden hat aber die gesamte Arbeiterschaft Anteil an der Jugendpflege. Ich halte es nun nicht für erforderlich, daß die Arbeit umgeben werden soll, um für gewisse Kreise und ihre Ziele Vorteile zu bringen. Und es scheint hier in der Absicht zu liegen, etwas Ähnliches zu schaffen, wie man es während des Krieges wollte. Es mag sein, daß wir in bezug auf Waffenmacht andern Staaten gegenüber im Nachteil sind. Es ist aber noch nicht einzusehen, warum eine Gleichstellung erfolgen soll durch Anpassung an die Macht der andern. Nein, sie sollen abströmen. Alle noch in Waffen Starrenden sollen die Überflüssigkeit ihres Tuns einsehen. Warum müssen denn die Wesen sich auf Verteidigung einstellen? Doch nur weil sie sich in Gefahr glauben. Fällt die Gefahr, so verschwindet auch der Gedanke an Verteidigung. Sie wird aber nicht fallen mit Aufrüsten und Kriegsspielen. Steht nicht noch allen das grausige Erleben des letzten Völkermordens vor Augen? Denkt denn kein Mensch mehr an die toten Kameraden und an all das Blut, welches geflossen ist ohne Sinn und Zweck? Blut, Dreck, Maulhalten und Befehl ausführen. Wen packt nicht das Grauen und die Scham bei der Erinnerung?

Es gibt zwar noch Menschen, Tausende und aber Tausende, die als einziges Mittel zur Jugendertüchtigung die Dienstpflicht ansehen. Denen mag die geplante Art der „Erziehung“ ein Silberstreifen am Horizont ihrer Wünsche bedeuten. Wir Arbeiter dürfen nicht zu ihnen gehören. Unsere Jugend muß frei sein. Frei im Denken und Handeln. Wird sie das aber können bei Durchführung des vorliegenden Planes? In den bürgerlichen Arbeitslagern des FAD. hat man Gelegenheit, einen Vorgeschmack zu bekommen von dem, was werden soll. Nichts wie Kuschen, Stillstehen und Befehle ausführen. Die glorreiche Zeit der Hohenzollern feiert ihre Auferstehung. Der Hauptwert aller Ausbildungen liegt im militärischen Moment.

Nein, in militärischen Bahnen soll sich die Erziehung der Jugend nicht bewegen. Und wenn man die Erwägung in die Diskussion wirft, daß die Jugend dies alles ja haben will, daß sie zur Uniform und zum Kriegsspiel drängt, so dient das nur der Verschleierung des wahren Gesichtes. Die Jugend ist schnell für etwas zu begeistern und findet Gefallen an allen möglichen Dingen. Es hieße aber seine erzieherischen Aufgaben verkennen, wollte man allen Wünschen Rechnung tragen und seien sie noch so verwerflich. Unsere Erziehung geht andere Wege. Wir zeigen der Jugend den Menschen in seinem Irren und Suchen. Frei wollen wir sie machen von allen Haßgelüsten und Rachedenken.

Deshalb wenden wir uns gegen diese Art der geplanten Erziehung. Wir gehen unsern Weg, welcher der Weg der Menschlichkeit ist. Nicht Feind soll uns der Gegner sein und nicht Feind der Bruder eines andern Stammes, der nicht unsere Sprache redet. Das Große, Gemeinsame, Mensch sein, als Mensch fühlen und handeln, das soll uns verbinden. Auch mit dem eignen Volksgenossen, der doch teilweise nur in Gegnerschaft zu uns steht, weil er noch nicht erkannt hat, daß vor allem und über alles der Mensch in der Gemeinschaft steht. Seine persönlichen Gelüste überragen noch die Bedürfnisse des Kollektivs und seine Ansicht wird genährt von gewissenlosen Demagogen. Erziehung zur sozialistischen Denkungsart muß hier einsetzen. Das geschieht nicht durch „Formationen im Gelände bewegen“, sondern durch klare, zielbewußte geistige Arbeit und nicht zuletzt durch gutes Beispiel. Das kann auch nicht eine Dienstpflicht bringen mit ihrem Kadavergehorsam und Befehlsausgaben, mit Kommandorufen und Strafen.

Nicht die Furcht vor der Strafe soll unsere Jugend beeinflussen und lenken, nicht in Kadavergehorsam soll sie heranwachsen. Nein, bestimmt

muß ihr Handeln sein von der Erwägung ob Recht oder Unrecht. Freies Volk auf freier Erde, das soll die Jugend werden. Und darum müssen wir die Zügel in der Hand behalten und nach unsern Gesichtspunkten die Arbeit weiterführen. Keine Jugendertüchtigung, wie sie geplant ist, darf uns dazwischen kommen und mit einer einzigen Geste zerstören, was nach langem Mühen schon geschaffen ist und erweitert werden muß. Wir brauchen kein Kuratorium und kein Militär a. D. Jeder von uns muß mithelfen. In zäher, unermüdlicher Kleinarbeit werden wir dann eine Jugend heranbilden, die sich in den Wirrnissen des Lebens wohl zu rechtfindet. Sie wird die Welt nach ihrem Willen formen. Nicht mehr wird der Krieg über die Erde stampfen und brennen und morden und niederreißen. Aufbauen wird diese Jugend eine Welt mit blühender Produktion und gerechter Verteilung. Und nicht Klassen wird es geben, nicht Herren und Knechte und nicht Profit. Auf Grund der höheren geistigen und Herzensbildung wird der Mensch im Mittelpunkt allen Handelns stehen. *J. d.*

Sozialistische Dichterhilfe

Am 23. November dieses Jahres wurde von einer konstituierenden Versammlung führender Persönlichkeiten der sozialistischen Idee im Haus des Deutschen Arbeiter-Sängers-Bundes die Sozialistische Dichterhilfe ins Leben gerufen. Sie hat zum Ziel, durch den Zusammenschluß von Persönlichkeiten und dem korporativen Beitritt von Verbänden und Vereinigungen den schwer ringenden sozialistischen Dichtern ihr jetzt doppelt notwendiges Schaffen wirtschaftlich zu erleichtern.

Darüber hinaus soll — wenn irgend möglich — schon im Spätherbst 1933, wie auch in den folgenden Jahren, ein Jahrbuch der Sozialistischen Dichterhilfe herausgegeben werden. Ohne doktrinaire Enge sollen in ihm die verschiedensten Strömungen sozialistischer Dichtung so eingefangen werden, daß das Jahrbuch zum Spiegelbild des proletarischen Ringens der Zeit wird.

Der Monatsbeitrag beträgt 50 Pf. und schließt den Bezug des Jahrbuches in sich ein. Organisationen und Vereinigungen können sich selbst einschätzen; ihr Mindestbeitrag beträgt wie bei den Einzelpersonlichkeiten 6 Mk. für das Jahr.

Die konstituierende Sitzung ermächtigt laut Statut einstimmig das Kuratorium aus sich heraus den verantwortlichen Vorstand zu bilden. Den Vorsitz im Vorstand übernehmen Staatsminister Grimme und der Generalsekretär des Volksbühnenverbandes Albert Brodbeck. Schatzmeister und geschäftsführender Sekretär ist Bruno Schönlanck. Im übrigen gehören dem Vorstand an: Schriftleiter Lothar Erdmann, der Vorsitzende des Deutschen Arbeitersängerbundes Carl Fehsel und Schriftsteller Friedrich Wendel.

Zuschriften an die SDH. sind zu richten an Bruno Schönlanck, Berlin-Zehlendorf, Waldhüterpfad 69. Beiträge sind zu überweisen auf das Postcheckkonto der Arbeiterbank, Berlin, Konto-Nr. 141 528, für die „Sozialistische Dichterhilfe“.

Neunzehnter Männerkursus in Tinz

Die Heimvolkshochschule Schloß Tinz ladet zur Teilnahme an ihrem neunzehnten Männerkursus ein. Die Lehrfächer, die in diesem Kursus im Vordergrund stehen, sind: Wirtschaftslehre, Geschichte, Soziologie, Psychologie und Kulturlehre, Staatsrecht und Staatsrecht, Gewerkschaftswesen, Arbeitsrecht, Erziehungsfragen, Gymnastik. Aufnahme finden Bewerber im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volksschulbildung genossen haben. Die Bewerber haben einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter, Staatszugehörigkeit, Berufsausbildung usw. der Bildungsgang und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist ein Aufsatz abzuliefern, über den von der Schulleitung nähere Mitteilung gemacht wird.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Bettwäsche ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus für Thüringer 150 RM., für die übrigen Reichsdeutschen 180 RM., für Ausländer 200 RM. Das Schulgeld ist bei Kursusbeginn zu entrichten. Hierzu tritt die Verpflichtung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten. Für Arbeitslose ist Sonderregelung möglich. Auskunft und Prospekte durch die Schulleitung.

Der Kursus beginnt am 1. August 1933 und dauert bis 20. Dezember 1933. Die Bewerbungen sind spätestens bis Ende Dezember 1932 einzureichen. Die Entscheidung des Lehrerkollegiums über die Aufnahme erfolgt Mitte Juni 1933.

Eine erstaunliche Leistung

In den beiden vergangenen Jahren brachte die Büchergilde Gutenberg zu Weihnachten einen großen Roman zum Vorzugspreis von 1,75 Mark heraus. Diese Leistung, die jedesmal berechtigtes Interesse fand, wird diesmal noch übertroffen: Zu Weihnachten 1932 erscheint bei der Büchergilde Gutenberg der Roman „Die Scholle“, von Ibanex, zum Vorzugspreis von 1,60 Mark. Dabei ist das Werk besonders reich und schön illustriert, und zwar nach Zeichnungen des spanischen Malers José Benlliure. Der inhaltlich fesselnde und vorzüglich ausgestattete Roman „Die Scholle“ eignet sich sehr gut zu Geschenkzwecken. Die Büchergilde gibt deshalb das Buch in beliebig vielen Exemplaren zum Vorzugspreis ab. Der Vorzugspreis gilt nur bis 31. Januar 1933. Vom nächsten Tag an erscheint das Werk in der 2,70-Mark-Reihe. Es lohnt sich also, das Buch jetzt zu bestellen; es lohnt sich, Mitglied der Büchergilde Gutenberg zu sein. Verlangen sie Auskunft und Prospekte von den Vertrauensleuten der Büchergilde Gutenberg oder von der Zentrale in Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.

Vom Büchertisch

Herz in Flammen. Frauenroman. Von Berta Selinger. Buchausstattung von Jan Tschichold. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. 1932. Preis 4,30 Mark.

Der Roman ist ein Querschnitt durch ein Frauenleben mit all seinem Leid und all seiner Freude. Es kam aber der Verfasserin gar nicht darauf an, ein privates Frauenschicksal vor uns auszurollen und mit allem psychologischen Raffinement ihre seelische Entwicklung oder Ähnliches darzustellen. Vielmehr ist die „Heldin“ Bozena, die vor dem Kriege aus Deutschböhmen nach Deutschland kommt und dann in der sozialdemokratischen Frauenbewegung eine bedeutende Rolle spielt, nur der Spiegel in dem Kampf und Aufstieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt aufgefangen werden. — Das geschieht nun nicht etwa im engen parteipolitischen Sinne, vielmehr macht die Weite der Schau den Roman von Berta Selinger gerade auch für den Leser aus dem Bürgertum zu einer sehr interessanten, ja notwendigen Lektüre.

Als Motto könnte über dem Roman ein Satz stehen, der irgendwo in einer Diskussion in ihm fällt: „Keine Arbeiterpartei in der ganzen Welt, die nicht, so oder so, mit von deutschem Gute zehrt, die deutsche Arbeiterpartei ist Hirn und offene Hand der Internationale“. Er versucht, den Arbeiterkampf zu umfassen in den Jahrzehnten des Vorkrieges, das Erwachen, das erste Aufstehen, den ersten leichten Sieg und dann den Zwang zum Zurückweichen unter dem Druck stärkerer Mächte. Buntgewoben aus Heroismus und brennendem Leid, Jubel, Verrat und herrlicher Solidarität ist dieser Kampf, der im Alltag grau, verwachsen und simpel erscheint. Von hier aus spannt sich der Bogen hinüber bis zu der grausigen Mitternacht des Weltkrieges, in dessen Blut die II. Internationale zerbrach.

Arbeiter, Arbeiterintellektuelle. Deutsche, Russen, Engländer, Franzosen, der sozialistischen Idee verbunden bis in die tiefsten Wesenstiefen hinab, treten vor den Leser. Und das gibt der Autorin die zuversichtliche Hoffnung und Gewißheit, in der das Buch aller Zwietracht und Zerissenheit der Gegenwart zum Trotz ausklingt: Diese Welt wird doch eines Tages unser werden!

Die Roten Lanzen. Roman aus der latein-amerikanischen Befreiungszeit. Von Arturo Usler-Pietri. Mit 22 Bildern aus dem tropischen Amerika. Buchausstattung von Jan Tschichold. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. 1932. Preis 4,30 Mark.

Im Jahre 1931 ist in aller Welt das Andenken des großen Feldherrn und Staatsmannes Simon Bolivar, des Befreiers von Südamerika, gefeiert worden. Sein großer Schatten ragt hinter dem Geschehen dieses Romans hervor, der hier in einer vorzüglichen Erstübertragung vorliegt. Die fesselnde Darstellung der geschichtlichen Vorgänge gewinnt dadurch erhöhtes Interesse, daß Bolivar selbst vertritt — ein Urenkel eines namhaften Mitstreiters der Verfasser — der zur Zeit beim Völkerverband in Genf sein im Kampfe gegen die spanischen Unterdrücker Südamerikas ist. Denn der hannoversche General Johann von Uslar, in den deutschen Befreiungskriegen Adjutant des Herzogs von Wellington, begab sich 1818 nach Venezuela, um — ein lateinamerikanischer Steuermann — an den dortigen Kämpfen teilzunehmen. Er ist als Bürger des befreiten Venezuela gestorben.

„Die Roten Lanzen“ sind das erste größere Werk Usler-Pietris. Selbst genaue Kenntnis von Land und Leute in Venezuela, sein Instinkt für Wesentliches und nicht zuletzt seine starke und echte dichterische Begabung haben ihn damit sofort in die vor-derste Reihe der südamerikanischen Gegenwartsliteratur gestellt. In spannenden bunten Bildern erstehen hier vor dem Leser die Landschaften Venezuelas und die verschiedenen Schichten des Volkes, zumal die Negerklaven und ihre Herren, die Besitzer großer Zuckerfarmen. Die ideellen Voraussetzungen und der Beginn der Aufstandsbewegung in gelassenen Zusammenhängen, ihr weiterer Verlauf werden in unerhört wilden Kampfepisoden geschildert. Das ganze Geschehen ist in den farbigem und grausamen Zauber der Tropen getaucht. Um das Milieu noch stärker zu veranschaulichen, ist das Buch mit seltenen Bildern aus dem tropischen Amerika geschmückt worden. Sehr beachtlich sind ferner die Einführung und das literaturgeschichtliche Nachwort des Übersetzers. Hier wird zum ersten Male in deutscher Sprache eine Gesamtschau über das zeitgenössische dichterische Schaffen in Südamerika geboten.

Den Toten zum Gedächtnis!

1932.

† Am 9. Oktober in Potsdam **Emil Albrecht**, Steindrucker aus Fuchshöfen b. Königsberg i. Pr., 50 Jahre alt, an Magenleiden und Harnvergiftung, krank 2 Wochen und 1 Tag. — Eingetreten in Berlin am 27. Januar 1907.

† Am 10. Oktober in Nürnberg **Eduard Leist**, Steindrucker aus Stegers i. Westpr., 77 Jahre alt, an Herzschlag, Invalide seit 14. Februar 1904. — Eingetreten in Nürnberg am 1. Mai 1880.

† Am 12. Oktober in Berlin **Max Wiese**, Chemigraph aus Berlin, 44 Jahre alt, an Kehlkopftuberkulose, krank 16 Wochen und 4 Tage. — Eingetreten in Berlin am 7. Oktober 1906.

† Am 12. Oktober in Berlin **Albert Petzold**, Chemigraph aus Berlin, 60 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden, krank 19 Wochen und 4 Tage. — Eingetreten in Berlin am 9. August 1925.

† Am 13. Oktober in Magdeburg **Heinrich Ruland**, Steindrucker aus Köln am Rhein-Lindenthal, 60 Jahre alt, an Herzschwäche, krank 3 Wochen und 5 Tage. — Eingetreten in Krefeld am 14. April 1895.

† Am 14. Oktober in Leipzig **August Koch**, Notendrucker aus Belgern a. d. Elbe, 52 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 2 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 6. Juli 1919.

† Am 15. Oktober in Berlin **Otto Ladewig**, Lithograph aus Berlin, 38 Jahre alt, an Leberkrebs, krank 4 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 2. Oktober 1927.

† Am 16. Oktober in Berlin **Paul Kapell**, Lithograph aus Berlin, 57 Jahre alt, an Geisteskrankheit, Invalide seit 1. März 1931. — Eingetreten in Berlin am 7. August 1899.

† Am 16. Oktober in Chemnitz **Alfred Flatter**, Steindrucker aus Hainichen, 55 Jahre alt, infolge eines Verkehrsunfalles (vom Lastauto überfahren), krank 4 Tage. — Eingetreten in Chemnitz am 15. Mai 1927.

† Am 23. Oktober in Düren i. Rhld. **Fritz Schmedecke**, Formstecher aus Eilenburg, 37 Jahre alt, an Magenkrebs, krank 38 Wochen. — Eingetreten in Eilenburg am 30. März 1913 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 30. April 1911).

† Am 23. Oktober in Lahr i. B. **Hermann Bucherer**, Steindrucker aus Burgheim, 53 Jahre alt, an Bauchwassersucht, krank 2 Wochen und 2 Tage. — Eingetreten in Lahr i. B. am 16. März 1919.

† Am 25. Oktober in Halle a. d. S. **Friedrich Köhler**, Steindrucker aus Meinigen, 61 Jahre alt, an Magenkrebs, Invalide seit 28. Dezember 1931. — Eingetreten in Halle a. d. S. am 10. Dezember 1905.

† Am 1. November in Berlin **Adolf Kuhr**, Steindrucker aus Berlin, 54 Jahre alt, an Herzschwäche, krank 8 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 28. April 1929.

† Am 2. November in Berlin **Emil Lucht**, Xylograph aus Bredow Kr. Randow, 61 Jahre alt, an Arterienverkalkung und Lungenleiden, krank 1 Jahr. — Eingetreten in Berlin am 12. Oktober 1924.

† Am 5. November in Berlin **Karl Rohrschneider**, Chemigraph aus Berlin, 44 Jahre alt, an Lungentuberkulose, Invalide seit 1. August 1932. — Eingetreten in Berlin am 1. April 1906.

Ehre ihrem Andenken!

Zur *gest.* Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände uns von jedem Todestag mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befolgung des Mitgliedsbuches und der Sterberrunde stets *sofort* Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleichen Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Verbandsvorstand.**

Inhaltsübersicht: Hauptteil: Macht oder Recht / Nachstoßen! / Der Schwindel mit der Alu. / Die Kaufkraft fehlt und sonst nichts! / Hitler ein mongolischer Mischling? / Ein zutreffendes Urteil. — **Verband und Beruf:** Starker Rückgang der Musiknotenausfuhr / Deshalb der Lohnabbau? / Jugendertüchtigung — Sozialistische Dichterhilfe / Neunzehnter Männerkursus in Tinz / Eine erstaunliche Leistung / Vom Büchertisch / Den Toten zum Gedächtnis.